

3. 768. a (1) Nr. 9105.

K u n d m a c h u n g.

Die Direktion der priv. österr. National-Bank hat mit Zustimmung der hohen Finanz-Verwaltung die Einleitung getroffen, daß die Einkommensteuer, welche für das Steuer-Verwaltungsjahr 1854 entfällt, und für die Dividenden der Bank-Aktien, so wie für die 4% Zinsen der, Behufs der Erlangung neuer Aktien geleisteten Einzahlungen zu entrichten ist, vereint aus den Erträgnissen des Institutes berichtet werde.

Die Nationalbank wird demgemäß, statt der einzelnen Besitzer der Aktien und Aktien-Interimsscheine, und für dieselben die vorschriftsmäßige Fassung zum Behufe der Steuerzahlung bei der nieder-österr. Steuer-Administration überreichen.

Wien, am 20. Dezember 1854.

Pipik,

Bank-Gouverneur.

Sina,

Bank-Gouverneur-Stellvertreter.

Königswarter,

Bank-Direktor.

3. 761. a (3) Nr. 8780.

K u n d m a c h u n g.

Nach dem durch das Reichsgesetzblatt (LXXXV Nr. 256) kundgemachten allerhöchsten Patente vom 27. Dezember 1854 ist die Einkommensteuer in dem Verwaltungsjahre 1855 in demselben Ausmaße und nach denselben Bestimmungen zu entrichten wie in dem abgelaufenen Verwaltungsjahre 1854. Gemäß der hiesigen in dem Amtsblatte der Laibacher Zeitung am 25., 27. und 30. Oktober 1854 enthaltenen Kundmachung vom 17. Oktober 1854 ist zur Einbringung der Einkommensteuer-Bekanntnisse die Frist bis Ende Dezember 1854 festgesetzt worden. Da jedoch bisher eine geringe Anzahl von Fassionen eingebracht wurde, so wird hiemit Nachstehendes zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

1. Die Frist zur Ueberreichung der Einkommensteuer-Bekanntnisse für alle drei Klassen des Einkommens und für die Anzeigen über stehende Bezüge wird bis zum 15. Jänner 1855 mit dem Befügen erweitert, daß nach Ablauf dieser Frist gegen die sämigen Steuerpflichtigen mit den in den §§. 32 und 33 des Allerhöchsten Einkommensteuergesetzes vom 29. Oktober 1849 festgesetzten Strafen vorgegangen werden mußte.

2. Die Bekanntnisse über das steuerbare Einkommen sind zu Folge des §. 16 des Allerhöchsten Einkommensteuer-Patentes vom 29. Oktober 1849 von den in der Hauptstadt Laibach und deren Vorstädten wohnenden Steuerpflichtigen bei der k. k. Steuer-Landes-Kommission in der Spitalgasse Nr. 271 im 2. Stockwerke zu überreichen.

3. Eben daselbst sind auch die Anzeigen über die stehenden Bezüge, welche von Versorgungs- und Lebensversicherungsanstalten, dann anderen Privatanstalten und Privatkassen, endlich von einzelnen Privaten in Laibach und dessen Vorstädten ausgezahlt werden, einzubringen.

4. Den Bekanntnissen über das Einkommen der I. Klasse für das Verwaltungsjahr 1855 sind die Erträgnisse und Auslagen der Jahre 1852, 1853 und 1854 zur Ermittlung des steuerbaren reinen Durchschnittserträgnisses zu Grunde zu legen.

Ist das Geschäft noch nicht 3 Jahre hindurch im Betriebe, so ist das Durchschnittserträgniß des kürzern Zeitraumes seines Bestandes, und wenn dieser ein Jahr noch nicht erreicht, jener Ertrag anzugeben, welcher im Laufe des Jahres mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.

5. Nach der I. Einkommensteuerklasse ist zu versteuern:

a) das Einkommen von den der Erwerbssteuer unterworfenen Erwerbsgattungen, in soferne

dieselben nach dem §. 5 des Allerhöchsten Einkommensteuerpatentes vom 29. Oktober 1849 nicht deshalb eine Befreiung genießen, weil sie gemäß §. 4 Abtheilung 3 und Abtheilung 4 lit. a) und c) des Erwerbssteuergesetzes vom 16. Dezember 1815 in die unterste (erste) Erwerbssteuerklasse gereiht sind.

Zahlt Jemand zwei oder mehrere Erwerbssteuern nach diesen untersten Erwerbssteuerklassen; so ist derselbe zur Einbringung einer Einkommensteuerfassung verpflichtet;

b) das Einkommen vom Berg- und Hüttenbetriebe;

c) der Gewinn, den die Pächter von Pachtungen beziehen;

d) das Einkommen aus der Vermietung von Buden und Kramstellen, in soferne es nicht durch die Hauszinssteuer getroffen wird;

e) das Einkommen aus der Verpachtung der Jagdbarkeit und der Fischerei, da diese Objekte der Grundsteuer nicht unterliegen.

6. Die Anordnungen der §§. 21 und 22 des Allerhöchsten Einkommensteuerpatentes vom 29. Oktober 1849 über die Einhebung der Einkommensteuer von 600 fl. übersteigenden Bezügen der II. Einkommenklasse sind auf die an solchen Bezügen für das Verwaltungsjahr, das mit 1. November 1854 beginnt, und am 31. Oktober 1855 endigt, fälligen Beträge anzuwenden. Hierbei wird bemerkt, daß zur Beurtheilung der Steuerpflicht alle einzelnen, auch 600 fl. nicht erreichenden, stehenden Bezüge zusammen gerechnet werden müssen.

7. Die Zinsen und Renten sind für das Verwaltungsjahr 1855 nach dem Stande des Vermögens und Einkommens vom 31. Oktober 1854 einzubekennen, wobei zur Befreiung jedes Zweifels bemerkt wird, daß auch die Zinsen von inländischen Staatspapieren jeder Art, z. B. Staatsschuldverschreibungen, Grundentlastungs-Obligationen, Salinenscheinen u. z. ferner von ausländischen zinsentragenden Papiereffekten, ferner von ständischen Obligationen u. s. w., endlich auch die Zinsen von jenen Kapitalien der Einkommensteuer unterliegen, welche entweder gar nicht, oder auf ganz oder theilweise zinssteuerfreien Häusern sicher gestellt sind.

Jene, welche solche Papiereffekten oder Kapitalien am letzten Oktober 1854 besessen haben, sind daher verpflichtet, dieselben zur Einkommensteuerbemessung einzubekennen.

8. Die Form der Bekanntnisse und Anzeigen ist aus den der Vollzugsvorschrift zu dem Einkommensteuerpatente (Reichsgesetzblatt vom Jahre 1850 VII. Stück Nr. 10) und hohen Finanz-Ministerial-Verordnung vom 18. April 1850 (Reichsgesetzblatt vom Jahre 1850 XLV. Stück Nr. 142) beigeschlossenen Mustern zu erschen.

9. Da die Wahrnehmung gemacht wurde, daß bei der Angabe des Einkommens der I. Klasse Abzüge gemacht werden, welche nach dem §. 11 des Allerhöchsten Einkommensteuerpatentes nicht in Abzug gebracht werden dürfen, so wird zur Wissenschaft bedeutet, daß

a) Kapitalsbeträge, die im Laufe des, dem Bekanntnisse zu Grunde liegenden Zeitraumes aus der Unternehmung gezogen werden;

b) die Zinsen von dem in der Unternehmung oder dem Geschäfte anliegenden Kapitale und den Kapitalschulden der steuerpflichtigen Unternehmung;

c) die Vergütung für die Arbeit des Steuerpflichtigen, seiner Gattin und jener Kinder desselben, denen er nach dem Gesetze den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, und

d) die Wohnung des Steuerpflichtigen und seiner Familie bei der Angabe des Einkommens nicht in Abzug gebracht werden dürfen.

Bei dem Einkommen der II. und III. Klasse ist in der Regel ein Abzug nicht gestattet.

10. Wer der Aufforderung zur Einbringung des Bekanntnisses oder anderer Nachweisungen binnen der ihm dazu eingeräumten Frist nicht entspricht, kann gemäß §. 32 des Einkommensteuergesetzes durch angemessene Geldstrafen dazu verhalten werden.

11. Wer in den Bekanntnissen den vorgeschriebenen Nachweisungen oder Anzeigen ein der Steuer unterliegendes Einkommen verschweigt, oder dadurch, daß er die mit dem Einkommensteuergesetze angeordnete Fassung oder Anzeige zur gehörigen Zeit zu überreichen unterläßt, sich oder einen andern der angeordneten Steuer zu entziehen sucht, oder in der Fassung oder Anzeige Umstände, welche für die Steuerbemessung erheblich sind, in der Art unrichtig angibt, daß dadurch die Steuer gänzlich umgangen oder mit einem mindern, als dem vorschriftsmäßigen Betrage bemessen würde, ist gemäß §. 33 des Einkommensteuergesetzes zu dem Erlage des dreifachen von demjenigen Betrage, um den die Steuergebühr verkürzt oder der Gefahr der Verkürzung ausgesetzt wurde, auf dem für die Festsetzung und Einbringung der Steuer vorgeschriebenen Wege zu verhalten.

12. Die Rekurse gegen die Steuerbemessung der k. k. Steuer-Landes-Kommission, welche jedoch rücksichtlich der Maßregeln zur Einbringung der Steuer keine hemmende Kraft haben, sind an diese Steuerdirektion zu richten, jedoch bei der k. k. Steuer-Landes-Kommission zu überreichen.

13. Sowohl der k. k. Steuer-Landes-Kommission als auch dieser Steuerdirektion steht es gemäß §. 25 des Einkommensteuergesetzes zu, die Mitwirkung von Vertrauensmännern, die aus der Gemeinde beizuziehen sind, so wie von Sachverständigen in allen jenen Fällen in Anspruch zu nehmen, wo es sich um die Erhebung und Richtigstellung der auf die Steuerbemessung Einfluß nehmenden Thatsachen handelt.

14. Jeder Herr Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter wird verpflichtet, diese Kundmachung jeder Wohnpartei ohne Ausnahme lesen, und daß dieß geschehen sei, sich von derselben auf einem nach dem mitfolgenden Muster A. eingerichteten Bogen durch Ansetzung der Unterschrift bestätigen zu lassen.

Ferner werden die Herren Hausbesitzer oder ihre Stellvertreter verpflichtet, diese Bestätigungsbögen längstens binnen 14 Tagen nach Zustellung gegenwärtiger Kundmachung an die Steuer-Landes-Kommission abzugeben.

15. Um eine Gleichförmigkeit zu erzielen, und um den Steuerpflichtigen eine Erleichterung zu verschaffen, ist eine Drucklegung der Einkommensteuerbekanntnisse und Anzeigen, wie auch der oben gedachten Bestätigungsbögen veranlaßt worden und sind dieselben in der hiesigen Buchdruckerei der Rosalia Eger & Sohn, Spitalgasse Nr. 267, zu den billigsten Preisen zu haben.

R A Z G L A S.

Po v deržavnem zakoniku (LXXXV. št. 256) razglašenem Najvišjem patentu 27. Septembra 1854, je dohodnino v upravnim letu 1855 po tisti izméri in po tistih določbah odrajtovati, kakor v pretečenim upravnim letu 1854. Po tukajšnjem, v uredskim listu ljubljanskega nemškega časnika 25., 27. in 30. Oktobra 1854 danem razglasu 17. Oktobra 1854, je za odrajtovanje dohodninskih spovedkov čas do konca Decembra 1854 postavljen bil. Ker je bilo pa doslej le malo spovedkov odrajtanih, se da z nazočim vediti, kar sledi:

1. Doba za odrajtovanje dohodninskih spovedkov za vse tri razrede dohodnine in za naznambe zastran stanovitnih prejemšin se do 15. Januarja 1855 s pristavkom podaljša, da bi se potem, ko ta čas pre-

teče, tistim, ki so davku podverženi pa svoje dolžnosti ne spolnejo, kazen nakloniti mogla, ki je v §§. 32 in 33 Najvišje postave zastran dohodnine 29. Oktobra 1849 postavljena.

2. Spovedke zastran dohodkov davku podverženih imajo vsled §. 16 Najvišjega dohodninskega patenta 29. Oktobra 1849 v glavnim mestu Ljubljani in v predmestih prebivajoči obdačenci pri c. k. dačni deželni komisii v špitalskih ulicah št. 271, v drugim nadstropju odrajovali.

3. Ondi gré tudi naznanila zastran stanovitnih prejemšin odrajovali, ktere preskerbnije in naprave za zavarovanje življenja, potem druge privatne naprave in privatne dvarnice, potem posamni privatniki v Ljubljani in predmestih plačujejo.

4. Spovedki dohodnine I. razreda za upravno leto 1855 se imajo po posrednji dohodkov in stroškov let 1852, 1853 in 1854 napraviti, da se potem davšina pre-
raja.

Ako se opravilo še ne opravlja tri leta, se ima njegovo posrednje dohodje po krajšem času, kar ohstoji, in če to še ne terpi eno leto, po dohodku napovedati, ktere ga se je v letu po verjetni mogočosti nadjeti.

5. Po I. dohodninskem razredu gré obdačevati:

- dohodke od, pridobnini podverženih pridobnij, ako po §. 5 Najvišjega dohodninskega patenta 29. Oktobra 1849 niso zavoljo tega že davka oprostene, ker so vsled §. 4, razdelka 3 in 4 čerka a) in c) pridobninske postav 16. Decembra 1815 v najnižji (pervi) pridobninski razred vredjene.

Ako kdo dve ali več pridobnin po tem Najvišjem razredu plačuje, je dolžan, dohodninsk spovedek podati;

- dohodnino od rudarij in rudozdelnic;
- dobiček, ki zakupnikom od zakupnij dohaja;
- dohodke ktere kdo dobiva iz zakupljenja kramarskih štantov in štacun, ako se ne vjemajo s hišnino;

- dohodki iz oddaje lovstva in ribstva, ker te reči niso zemljišini podveržene

6. Kar §§. 21 in 22 Najvišjega dohodninskega patenta 29. Oktobra 1849, zastran poberanja dohodnine od prejemšin II. razreda dohodnine, ki 600 gold. presežejo, vlevata, velja za zneske, ki spadajo od tistih prejemšin za upravno leto, ki se začne s 1. Novembra 1854 in konča 31. Oktobra 1855. Pa tukaj se opomni, da se morajo za razsojenje dolžnosti, davek odrajovali, vse posamne stanovitne prejemšine skup rajtati, ktere tudi 600 gold. ne dosežejo.

7. Obresti in rente je za upravno leto 1855 po stanju premoženja in dohodkov od 31. Oktobra 1854 spovedati; pa tu se opomni, da se vsaki dvombi v okom pride, da so tudi obresti od vsakterih avstrijskih deržavnih listov, obligacij za zemljišno odvezo, solinskih listov i. t. d.; dalje od unanje-deželjanskih, obresti dajočih papirjev, potem od stanovskih obligacij i. t. d., zadnjič tudi obresti od tistih kapitalov dohodnini podveržene, ki so ali kar ne, ali pa na popolnoma ali samo deloma hišnine prostih hišah zavarovane.

Tisti, kteri so take papirje ali kapitale poslednji dan Oktobra 1854 v svojim posestvu imeli, imajo tedaj dolžnost, jih spovedati, da se dohodnina izmeri.

8. Kakšni so spovedki in naznambe, se vidi iz obrazcev pridanih izpeljavnemu predpisu k dohodninskemu patentu (derž. zakonik leta 1850, VII. del, št. 10) in ukazu visocega dvarstvenega ministerstva 18. Aprila 1850 (derž. zakonik leta 1850, XLV. del, št. 142).

9. Ker se je zvedilo, da se pri napovedbi dohodnine I. razreda odbitki delajo, ki se po §. 11 Najvišjega dohodnin-

skega patenta ne smejo odbijati se da vediti, da se ne smejo

- zneski kapitalov, ki se v času, za ktere se spovedek narediti ima, dobivajo;
- obresti od kapitala v začetju ali opravi ležečega ali od kapitalovih dolgov začetja davku podverženega;
- odškodbe za delo davku podverženega, njegove žene in tistih otrok tajistega, ktere je po postavi rediti dolžan, in
- prebivališce davku podverženega in njegove rodovine pri napovedovanju dohodkov odbijati.

Pri dohodkih II in III. razreda odbitek praviloma ni dopušen.

10. Kdor ne podá spovedkov ali drugih dokazal kakor se pozove, v za to odločenim času, se zamore po §. 32 dohodninske postav s primernimi kaznimi v dvarjih k temu prisiliti.

11. Kdor v spovedkih, v predpisanih dokazalih ali naznanilih davku podveržen dohodek zamolči ali se s tem, da z dohodninsko postavo zaukazan spovedek ali naznanilo o praviem času podati opusti, sebe ali koga drugega zaukazanemu davku odtegni i skuša, ali v spovedku ali naznanilu reči, ki so za izmero davšine važne, tako neprav pové, da se tako davku ogne ali se manjši davek, kakor je predpisan, izmeri, ta se ima po §. 33 dohodninske postav po poti za ustanovitev in izterjavo

praviloma ni dopušen.

12. Pritožbe zoper izmero davka c. k. dačne deželne komisie, kteri pa naprav za iztirjavo davkov ne ovérjajo, se na to dačno vodstvo napotujejo, toda pri c. k. dačni deželni komisii podajajo.

13. C. k. dačna deželna komisia, kakor tudi to dačno vodstvo ima po §. 25 dohodninske postav oblast, pomoči zaupljivih mož, ki se iz županije zbero, kakor tudi zvedenih mož vselej i k ti, kadar gre za izvedenje in ustanovljenje reči, ki imajo na izmero davka kak upljiv.

14. Vsak hišni gospodar ali njegov namestnik je dolžan, ta razglas vsacemu gostaču brez razločka brati, in da se je to zgodilo, mu na poli, po v A. pridjanim obrazcu z njegovim podpisom potrditi d. ti.

Dalje je dolžnost hišnih gospodarjev ali njih namestnikov, te poterdbine pole najpozneje v 14 dneh potem, ko ta razglas prejmejo, pri dačni deželni komisii oddati.

15. Da se enako ravnanje doseže in obdačencem olajšanje stori, so se dali dohodninski spovedki in naznanila, kakor tudi gori omenjene poterdbene pole natisniti in dobivajo se v tiskarnici Rozalije Eger in Sina, v špitalskih ulicah h. št. 267, po najnižji ceni.

Muster A.

Izgledek A.

Hausnummer.
Hišna številka.

Stadt.
Mesto.
Vorstadt.
Predmestje.

Beftättigung Poterdjenje

über die zum Lesen zugestellte Kundmachung wegen Einbringung der Einkommensteuer-Essionen für das Verwaltungsjahr 1855.

zastran za branje podanega razglasa zavoljo odrajovanja dohodninskih spovedkov za upravno leto 1855.

Wohnungs-Nr.	Name der Wohnpartei	Charakter oder Beschäftigung	Ob eine Erwerbssteuer gezahlt wird und welche	Unterschrift der Wohnpartei
Št. prebivališa	Ime gostača.	Značaj ali opravilstvo	Ali pridobnino plačuje in kakšno	Podpis gostača

K. k. Steuer-Direktion Laibach am 13. Dezember 1854.

Gustav Graf Chorinsky,
k. k. Statthalter.

3. 757. a (3)

Nr. 13263.

Kundmachung.

Mit Beginn des Studienjahres 1855 ist bei der vom Johann Thaler v. Neuthal unterm 9. September 1819 angeordneten Studentenstiftung der erste Platz jährlicher 22 fl. 30 kr. K. M. in Erledigung gekommen, zu dessen, auf keine Studienabtheilung beschränktem Genusse vorzugsweise studierende Anverwandte des Stifters und in deren Abgang arme und gut gesittete Studenten aus Krain überhaupt berufen sind. Das Beileihungsrecht steht der Landesregierung zu. Bewerber um dasselbe haben ihre mit dem Taufscheine, dem Dürftigkeits- und Impfungszeugnisse, dann mit den Schulzeugnissen von beiden Semestern des verflossenen Schuljahres 1854, und wenn sie das Stipendium aus dem Titel der Verwandtschaft in Anspruch nehmen wollen, mit einem legalen Stammbaume dokumentirten Gesuche im Wege ihrer Studien-Direktion bis 10. Jänner 1855 hieher zu überreichen.

Von der k. k. Landesregierung für Krain.
Laibach am 9. Dezember 1854.

Gustav Graf v. Chorinsky,
k. k. Statthalter.

3. 769. a (1)

Nr. 21873.

Kundmachung

über die Lieferung des im Jahre 1855 für die südliche k. k. Staatseisenbahn Sektion II erforderlichen Oberbauschotter's.

Für die k. k. südliche Staatseisenbahn Sektion II werden im Laufe des Jahres 1855 zur Rekonstruktion und Erhaltung des Oberbaues so wie der Zufahrtsstraße zu den Bahnhöfen 8380 Kubikflaster Schotter erfordert. Die Erzeugung des Schottes hat an den von der k. k. Betriebs-Direktion bestimmten Plätzen längs der Bahn zu geschehen, wobei bemerkt wird, daß aus dem Einschnitte bei Judendorf 5242 Kubikflaster und aus dem Einschnitte nächst Marburg 1702 Kubikflaster Schotter zu erzeugen sind. Die Lieferungsbestimmungen so wie die Ausweise über die Gewinnungs- und Ablagerungspunkte dieses Schottes können für die Gesamtstrecke im Betriebs-Inspektorate der gefertigten Direktion zu Graz, so wie für die einzelnen Abtheilungen bei den k. k. Ingenieurs-Abtheilungen in Graz, Marburg, Gili und Laibach in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden. Die Hintangabe der Lieferung geschieht auf Grundlage von schrift-

Das k. k. Bezirksgericht Tschernembl macht bekannt:

Es sei über Ansuchen des Mathias Brinskelle von Werschtisch, wider Jakob Judnitsch von Winkel, de praes. 11. d. M., Zahl 122, wegen vom Letztern aus dem gerichtlichen Vergleiche vom 6. Juli 1852, Zahl 2967, schuldigen 80 fl. c. s. c., in die exekutive Feilbietung der, diesem gehörigen, im Grundbuche Krupp sub Rektif. Nr. 298 vorkommenden, auf 950 fl. geschätzten $\frac{1}{3}$ Hube in Winkel gewilliget, und zu deren Vornahme die Tagsatzungen auf den 22. Jänner, den 22. Februar und den 22. März 1853, jedesmal Früh um 9 Uhr in loco der Realität mit dem Beisatze anberaumt worden, daß solche bei der ersten und zweiten Feilbietung nur um, bei der dritten aber auch unter dem Schätzungswerte hintangegeben werden wird.

Der Grundbuchs-extrakt, das Schätzungsprotokoll und die Lizitationsbedingungen können in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

K. k. Bezirksgericht Tschernembl am 13. November 1854.

3. 1996. (3)

E d i t.

Nr. 5675.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Feistritz wird kund gemacht:

Man habe in der Exekutionssache des Herrn Martin Stibill, Steuereinnahmer in Laas, wider Josef Wolska von Unterseimon, pto. schuldigen 19 fl. c. s. c., in die exekutive Feilbietung der, dem Letzteren gehörigen, im Grundbuche der Ex-Augsustiner-Gült Sippa sub Urb. Nr. 189 vorkommenden, gerichtlich auf 901 fl. 40 kr. geschätzten Halbhube gewilliget, und es werden zu deren Vornahme drei Feilbietungstagsatzungen auf den 29. Jänner, den 1. März und den 2. April 1853, jedesmal Vormittag um 9 Uhr in loco der Realität mit dem Anbange angeordnet, daß diese nur bei der dritten Feilbietungstagsatzung auch unter dem Schätzungswerte hintangegeben werden würde.

K. k. Bezirksgericht Feistritz am 27. September 1854.

Bekanntmachung.

Da in Folge der Allerhöchsten Entschliebung Sr. k. k. Apostolischen Majestät des Kaisers vom 28. April v. J. keine Privat-Lotterien mehr stattfinden, sondern durch die löbliche k. k. Lotto-Gefällen-Direktion in Wien zeitweise große Geld-Lotterien zu wohlthätigen Zwecken werden ausgeführt werden, so dürfte die gegenwärtig im Zuge befindliche, noch im Oktober 1852 Allerhöchst bewilligte Auspielung des herrschaftlichen Gutes Ribuan, im Königreiche Böhmen gelegen, die

Letzte große Realitäten-Lotterie

sein, welche in der österreichischen Monarchie durchgeführt wird; es ist demnach doppelt interessant, daß gerade bei dieser letzten großen Lotterie die schönste und einträglichste Besizung, welche das Großhandlungshaus G. M. Perissutti in Wien während einer Reihe von Jahren zur Verlosung gebracht hat, den Haupttreffer bildet.

Da jedoch die Verhältnisse mancher Mitspielenden der Art sein können, daß selbe einen bar ausbezahlten Geldbetrag der Uebernahme und dem Besitze der Realität vorziehen, so wurde unter Haftung des Großhandlungshauses verbindlich erklärt, dem Gewinner eine bare Ablösung von 200,000 fl. W. W. gegen Ausbändigung des betreffenden Original-Gewinnstloes sogleich bar auszubahlen, und das Großhandlungshaus hat den betreffenden Haftungs-Revers bei dem hohen k. k. Finanz-Ministerium hinterlegt.

Außer dem Haupttreffer enthält diese große Lotterie noch andere 40,499 Geld-Treffer von 25,000 — 12,000 — 10,000 — 5000 — 4000 — 3000 — 2000 — 1000 Gulden u. s. w.

Der Besiz von 2 gewöhnlichen Losen dieser Lotterie, nämlich ein Los der I. und eines der II. Klasse, gewährt den besonderen Vortheil, daß man damit 3mal spielt, und zwar: 1mal am 12. Jänner in der Silber-Los-Separat-Ziehung, und 2mal am 13. Jänner in der Haupt- und Schluß-Ziehung, in welcher der große Treffer von 200,000 fl. W. W. gewonnen wird. Man kann schon mit diesen zwei Losen die beiden großen Treffer von 200,000 und von 25,000 Gulden gewinnen.

Lose sind in Laibach zu haben bei

Joh. Ev. Wutscher.

Pränumerations-Ankündigung.

Mit jedem Tage gewinnt die jetzige Weltlage an Bedeutung und Interesse, nicht bloß für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Die kriegerischen Ereignisse und die diplomatischen Unterhandlungen haben den gleichen Zweck, die fortschreitende Entwicklung der Menschheit, die Wahrung von Recht und Zivilisation zu kräftigen. Oesterreich, dem das gesammte Ausland die gebührende Achtung zollt, das, seine eigenen Interessen, so wie jene Deutschlands, mit Entschiedenheit und Konsequenz beschützend, sich zum Herrn der Situation emporgeschwungen, Oesterreich, unser Vaterland, fesselt gegenwärtig unsere besondere Aufmerksamkeit.

In solchen Zeiten, welche den Samen des Gedeihens und der Kultur der Gegenwart sowie der Zukunft in ihrem Schooße bergen, ist die Lektüre von politischen Journalen ein Bedürfnis für jeden Gebildeten.

Indem wir nun am Schlusse dieses Semesters zur Erneuerung der Pränumerations auf die „Laibacher Zeitung“ einladen, glauben wir nur beifügen zu sollen, daß Tendenz und Haltung unseres Blattes hinreichend bekannt sind. Als österreichisches Blatt steht es in allen Fragen auf österreichischem Standpunkte, und hofft den bescheidenen Anforderungen, die man an ein Provinz-Journal zu stellen berechtigt ist, jederzeit zu entsprechen. Ueberall ist es die geistige und materielle Wohlfahrt unseres Gesamtvaterlandes, welche den Ausgangspunkt und das Ziel unseres Strebens bildet.

Die „Laibacher Zeitung“ wird für die Folge, wie bisher, täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, erscheinen, und drei Theile enthalten: den **amtlichen**, den **nichtamtlichen** Theil, und das **Feuilleton**.

Der **amtliche** Theil bringt amtliche Mittheilungen aus der gleichen Abtheilung der kais. österreichischen „Wiener Zeitung“, die Erlasse der hohen k. k. Landesregierung für Krain und anderer k. k. Behörden und Aemter.

Der **nichtamtliche** Theil enthält die politischen Tagesneuigkeiten, welche theils in Original-Korrespondenzen, theils in Auszügen aus politischen Blättern des In- und Auslandes mit thunlichster Schnelligkeit dem Leser gebracht werden. Um ferner unsern Lesern einen Leitfaden zur Orientirung zu bieten, und sie mit den Anschauungen und Betrachtungen der Residenz- und größeren ausländischen Journale über die Weltlage bekannt zu machen, werden wir auch in der Folge für die **politische Rundschau** und für Auszüge aus den Leitartikeln eine Rubrik offen halten, wodurch das Halten vieler Journale entbehrlich gemacht und die Uebersicht der politischen Verhältnisse erleichtert wird. Indem wir weiters auf die Reichhaltigkeit der Rubrik **Lokales und Tagesneuigkeiten** hinweisen, die den Stadt- und Landesinteressen zunächst gewidmet ist, wiederholen wir nur das oft gestellte Ansuchen um Beiträge für diese Rubrik.

Das **Feuilleton** endlich bietet den Freunden belletristischer Lektüre einen reichen Stoff des Angenehmen und Nützlichen, doch wird auch hier zunächst auf Verbreitung der Kenntnisse über heimatliche Zustände und Literatur gesehen werden.

Die Pränumerationsbedingungen sind unverändert, nämlich:

Ganzjährig mit Post, unter Kreuzband versandt, 15 fl. — kr.	
halbjährig dto 7 „ 30 „	
ganzjährig im Comptoir unter Couvert . . . 12 „ — „	
halbjährig dto 6 „ — „	

ganzjährig für Laibach in's Haus zugestellt 12 fl. — kr.	
halbjährig dto 6 „ — „	
ganzjährig im Comptoir offen . . . 11 „ — „	
halbjährig dto 5 „ 30 „	

Die Pränumerationsbeträge wollen portofrei zugesandt werden.

Die Insertionsgebühren in das Intelligenzblatt der Laibacher Zeitung betragen für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr. und für dreimalige 5 kr. — Inserate bis zu 12 Zeilen kosten 1 fl. für 3 Mal, 50 kr. für 2 Mal und 40 kr. für 1 Mal. Zu diesen Gebühren sind noch 10 kr. „für Insertionsstempel“ für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen.

Rückständige Pränumerationsbeträge und Insertionsgebühren wollen kostenfrei berichtigt werden.

Laibach im Dezember 1854.

Ign. v. Kleinmayr & Fedor Bamberg.